

WAHRNEHMUNGEN IM THÜRINGEN-MONITOR 2023

Impuls von OKR Dr. André Demut,
Beauftragter der Evangelischen
Kirchen bei Landtag und
Landesregierung im Freistaat
Thüringen.

Kontakt: evangelisches.buero@ebth.de oder Tel.
0361 – 562 4222

POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2023

Prof. Dr. Marion Reiser (wissenschaftliche Leitung)

Dr. Anne Küppers

Volker Brandy

Dr. Jörg Hebenstreit

Dr. Lars Vogel

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Institut für Politikwissenschaft

KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration



Seit dem Jahr 2000 wird die Bevölkerung im Freistaat im THÜRINGEN-MONITOR jährlich befragt, um ihre politischen Einstellungen, die Zufriedenheit mit und die Unterstützung für die Demokratie, das Vertrauen in Institutionen sowie die politische Beteiligung zu untersuchen. Ein besonderes Augenmerk liegt seit Beginn auf der Untersuchung von demokratiegefährdenden Phänomenen wie Rechtsextremismus, Antisemitismus und Populismus – so auch in diesem 23. Gutachten zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen.

THÜRINGEN-MONITOR 2019: Gesundheit und Pflege in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 7/46.

THÜRINGEN-MONITOR 2020: Die Corona-Pandemie in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 7/3054.

THÜRINGEN-MONITOR 2021: Demokratie in der Corona-Pandemie: Drucksache des Thüringer Landtags 7/4518.

THÜRINGEN-MONITOR 2022: Politische Kultur in Stadt und Land: Drucksache des Thüringer Landtags 7/8028.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <https://thueringen.de/regierung/th-monitor> abrufbar.

- Befragungszeitraum 11. September – 25. November 2023
- 1063 Befragte, computerunterstützte Telefon-Interviews mit Thüringer Wahlberechtigten, quotierte Zufallsauswahl
- **Fokus:** Im Jahr 2023 stehen dabei drei Herausforderungen für die Arbeitswelt in Thüringen im Zentrum:
 - die Digitalisierung,
 - der Fachkräftemangel und
 - der klimafreundliche Umbau der Wirtschaft

Infos zu den Befragten, vgl. Seite 145

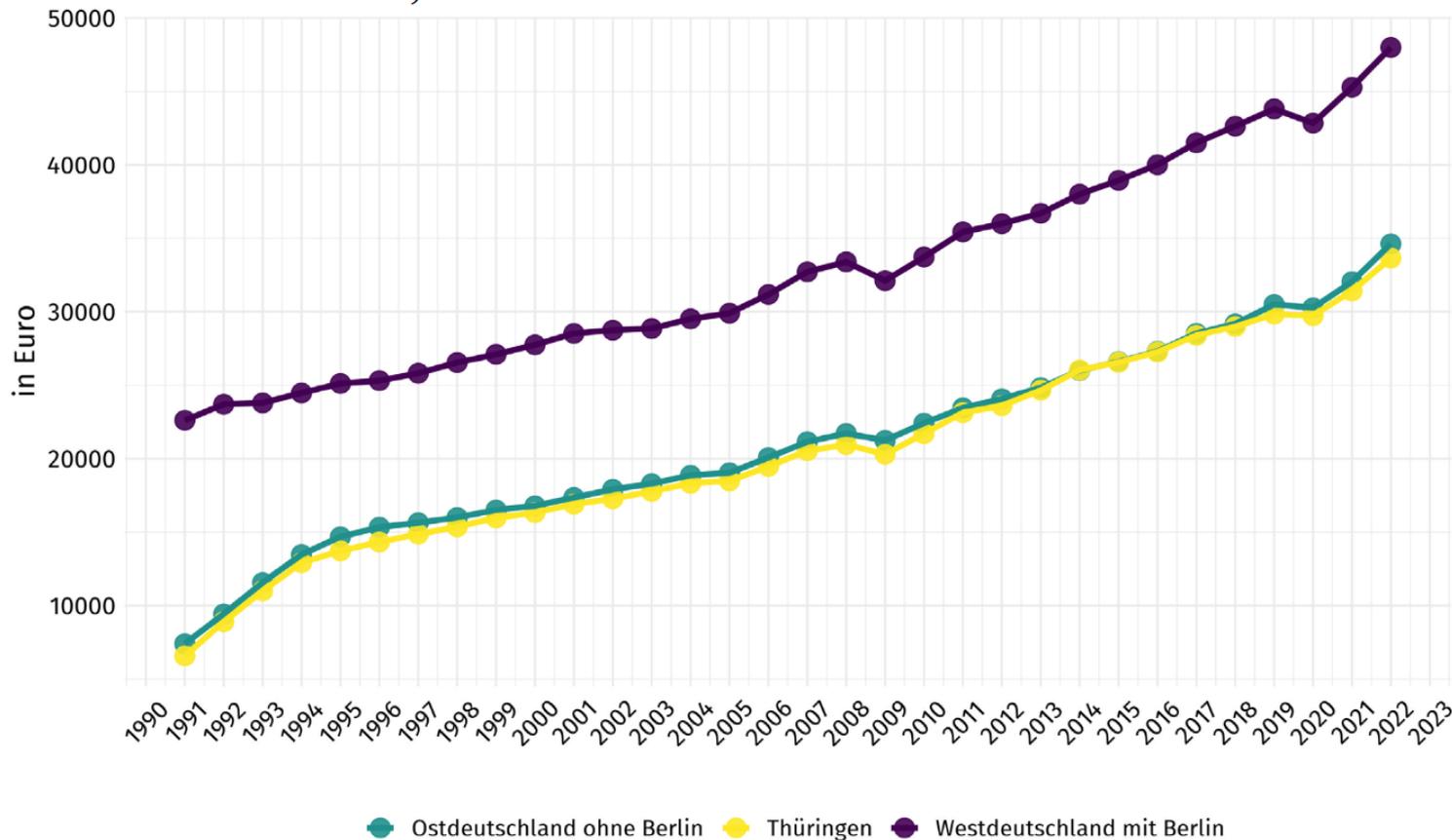
	abs.	%
Gesamt	1063	
Geschlecht		
männlich	522	49
weiblich	541	51
Alter		
18-24 Jahre	76	7
25-34 Jahre	111	10
35-44 Jahre	163	15
45-59 Jahre	249	23
60 Jahre und älter	464	44
Schulabschluss		
unter 10. Klasse (inkl. ohne Schulabschluss)	241	23
10. Klasse / POS / Mittlere Reife	515	49
12. Klasse / EOS / Abitur	125	12
(Fach-)Hochschulabschluss	180	17
Erwerbstätigkeit		
erwerbstätig	550	52
in Ausbildung	55	5
arbeitslos	30	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	428	40

Berufsgruppe		
(Fach-)Arbeiter	80	13
Angestellte	451	71
Auszubildende	21	3
Beamte	24	4
Landw./Selbst./Freib.	51	8
Sonstige	6	1
Religionsgemeinschaft		
keine, andere	789	74
evangelisch	189	18
katholisch	81	8
Ortsgröße		
bis 5.000 Einwohner	448	43
bis 20.000 Einwohner	211	20
bis 50.000 Einwohner	123	12
über 50.000 Einwohner	254	25

- Seit der ersten Befragung im Jahr 2000 liegt ein Schwerpunkt bei der Messung rechtsextremer (neo-nationalsozialistischer, ethnozentrischer und antisemitischer Einstellungen).
- „Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen der Befragten sind im Tabellenteil dokumentiert.“ (8)
- „etliche Fragen des Schwerpunktthemas zur „Transformation der Arbeitswelt“ nur jenen Thüringer:innen gestellt wurden, die berufstätig sind, sodass sich hier die Zahl der Befragten um etwa 40 Prozent verringert.“ (8)
- „Ein besonderes Augenmerk liegt in diesem 23. Gutachten zur politischen Kultur im Freistaat daher auf der Beobachtung der weiteren Entwicklung des Vertrauens in Bundes- und Landesregierung sowie der Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie.“

statieren (vgl. Abb. 3). Die Einschätzung der eigenen finanziellen Situation bleibt – unter Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz – konstant: Weiterhin bewerten ca. drei Viertel der Thüringer:innen diese – trotz der negativen Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation des Freistaats – positiv.

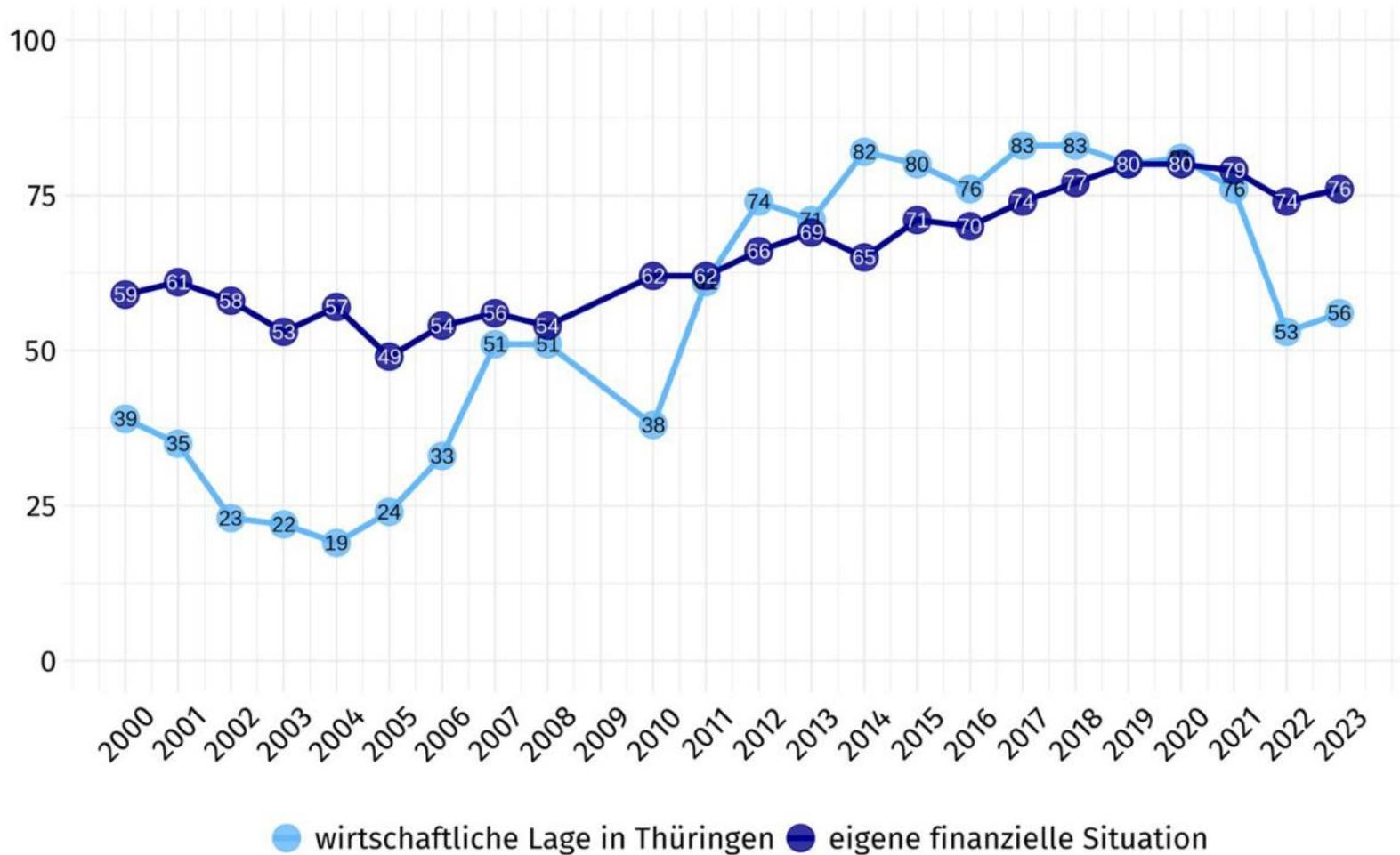
Abb. 2: *Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Einwohner:in in Thüringen, Ostdeutschland, und Westdeutschland von 1991 bis 2022*



Eigene Darstellung nach: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (Berechnungsstand: Aug 2022/Feb 2023)

vgl. 10f.

Abb. 3: Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und Entwicklung der individuellen finanziellen Lage, 2000-2022
 (Anteil der Befragten, die „gut“ und „sehr gut“ antworten zusammengefasst, Angaben in Prozent)



Demografie:

- 2023 lebten 2.124.058 Menschen im Freistaat ... **fast eine halbe Million weniger als 1990**. seit 1990 **fast ein Fünftel seiner Einwohner:innen verloren** ... Der Bevölkerungsschwund ist – anders als in der Zeit unmittelbar nach der Transformation – **mittlerweile vorwiegend auf den negativen Saldo von Sterbezahlen und Geburtenzahlen** zurückzuführen und nicht mehr auf die Abwanderung **Wanderungsüberschuss in den Freistaat im Jahr 2023 erneut positiv** ... Nicht alle Regionen des Freistaats sind von diesen Abwanderungsprozessen gleichmäßig betroffen und einige Kreise haben seit 1990 mehr als ein Viertel ihrer Bevölkerung verloren. ...
Bevölkerungsprognosen für den Freistaat gehen bis zum Jahr 2040 von einem weiteren Schrumpfen der Bevölkerungszahlen um 12 Prozent aus
- Der Anteil der Menschen jenseits des erwerbsfähigen Alters (d. h. **über 65 Jahre**) ist von 19 Prozent im Jahr 1991 **auf 27 Prozent im Jahr 2022 gestiegen**.
- von 2000 bis 2023 ist die Zahl der Erwerbstätigen um 5,23% zurückgegangen
- **Arbeitslosigkeit** in Thüringen nach wie vor unter dem Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer und nur noch leicht höher als in den westdeutschen Bundesländern.
- Ein **Viertel der Beschäftigten in Thüringen ist älter als 55 Jahre** Diesen ... stehen jedoch deutlich weniger Schulabgänger:innen gegenüber

im Jahr 2022 in Ostdeutschland mehr Menschen im Niedriglohnsektor² beschäftigt, nämlich 23 Prozent (im Vergleich zu 18 Prozent in Westdeutschland). Im Vergleich zu 2018 ist hier jedoch insbesondere in Ostdeutschland von ursprünglich 29 Prozent ein deutlicher Rückgang zu vermelden (in Westdeutschland: von 20 auf 18 Prozent). Erklärt wird dieser Rückgang über die Erhöhung des Mindestlohns, der die Lohnentwicklung in den ostdeutschen Bundesländern stärker beeinflusste als in den westdeutschen Bundesländern

(2023-Thür-Monitor-liqText, p.27)

äußert mehr als die Hälfte der Menschen in Thüringen die Angst, von der Entwicklung digitaler Technologien abgehängt zu werden

(2023-Thür-Monitor-liqText, p.32)

Bereits unter den als Generation X bezeichneten Jahrgängen der zwischen 1965 und 1979 Geborenen ist die Hälfte der Ansicht, mit den Entwicklungen nicht mehr mithalten zu können

(2023-Thür-Monitor-liqText, p.32)

vgl. Seiten 27+32

Das 2017 in Kraft getretenen Onlinezugangsgesetz (OZG) sah vor, dass bis 2022 fast 600 digitale Verwaltungsleistungen zur Verfügung stehen sollten. Eine Auswertung

(2023-Thür-Monitor-liqText, p.33)

im Dezember 2023 ergab, dass bundesweit lediglich 81 komplett online nutzbar waren (Tagesschau 2023b), wobei es regionale Unterschiede gibt. Bayern nimmt (Stand 13.09.2023) mit 235 digital verfügbaren Leistungen Platz 1 unter den Bundesländern ein. Thüringen liegt mit 190 Leistungen immerhin auf Platz 4, auch wenn alle Bundesländer der Zielmarke deutlich hinterherhängen

(2023-Thür-Monitor-liqText, p.34)

Obwohl vier von fünf Befragten des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORs somit oft unsicher sind, ob eine Information aus den sozialen Netzwerken wahr ist (siehe Abb. 10), zeigt unsere Erhebung, dass gleichzeitig drei von fünf Thüringer:innen eine stärkere Regulierung sozialer Medien als eine potenzielle Bedrohung für die Meinungsfreiheit wahrnehmen (vgl. Abb. 14)

(2023-Thür-Monitor-liqText, p.38)

Etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten (54 Prozent) ist der Ansicht, durch den Einsatz digitaler Arbeitsmittel sei die zu bewältigende Arbeitsmenge größer geworden – diese Werte stehen im Einklang mit Erkenntnissen einer bundesweiten Befragung des DGB aus dem Jahr 2022: dort nahmen 48 Prozent der befragten Arbeitnehmer:innen eine höhere Arbeitsmenge wahr

(2023-Thür-Monitor-liqText, p.43)

Diejenigen Befragten, die von einem Mangel an Fachkräften und Auszubildenden am eigenen Arbeitsplatz betroffen sind, gaben mit 87 Prozent an, dass die Arbeitsbelastung infolge des Mangels zugenommen hat.

(2023-Thür-Monitor-liqText, p.48)

Eine bessere Bezahlung in Branchen mit Fachkräftemangel könnte jedoch möglicherweise nur zu einer Umverteilung von Fachkräften von einer Branche zur nächsten führen, ohne dass neue Fachkräfte in den Arbeitsmarkt eintreten.

(2023-Thür-Monitor-liqText, p.52)

Abb. 27: Anwerbung von Fachkräften und Auszubildenden aus dem Ausland und Willkommenskultur nach Rechtspopulismus
(Angaben in Prozent)

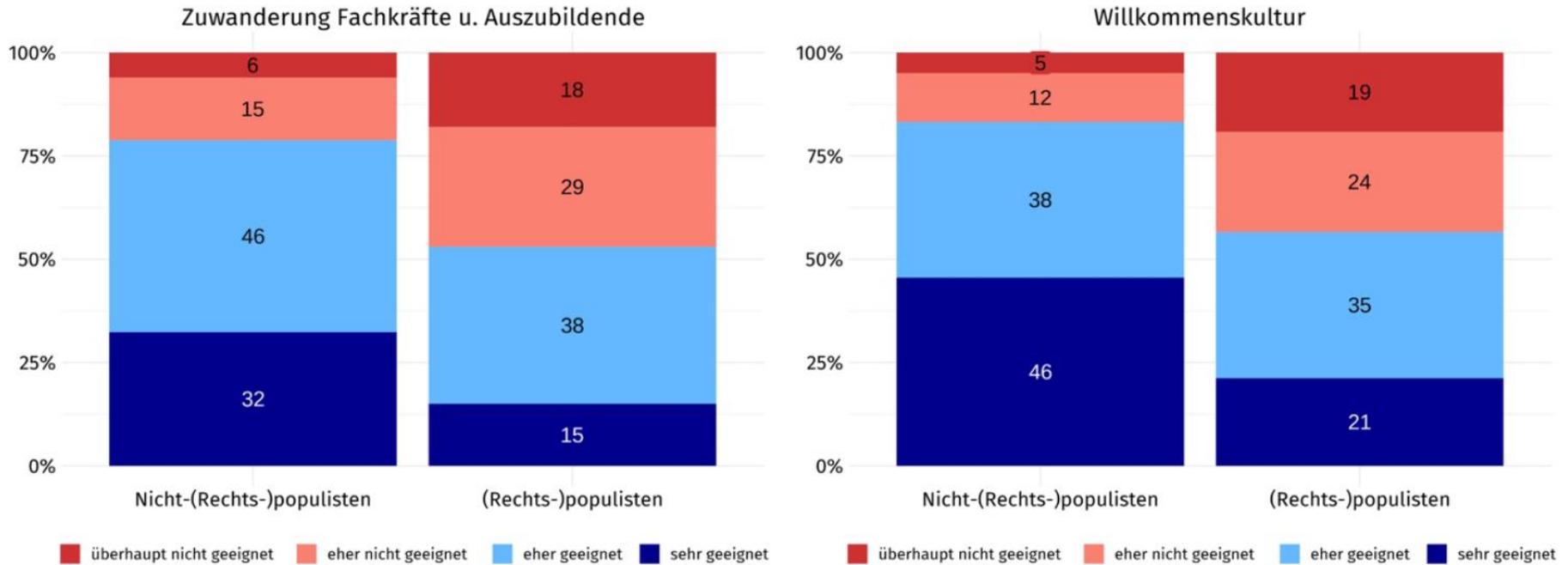


Abb. 34: Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit 2001-2023
(Angaben in Prozent)

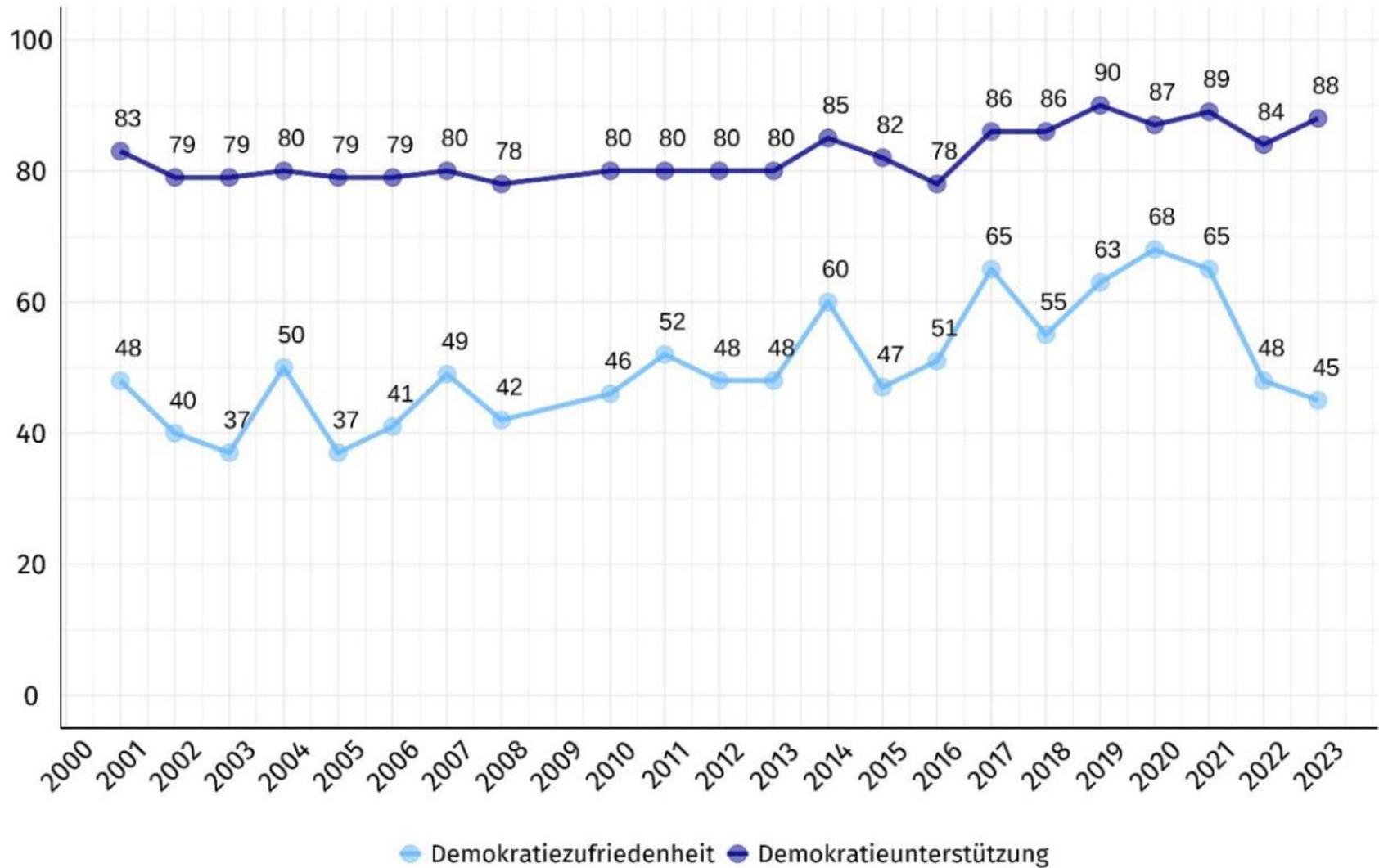


Abb. 35: Bewertung alternative Gesellschaftsordnungen 2001-2023
 (Zustimmung zu den Aussagen in Prozent)

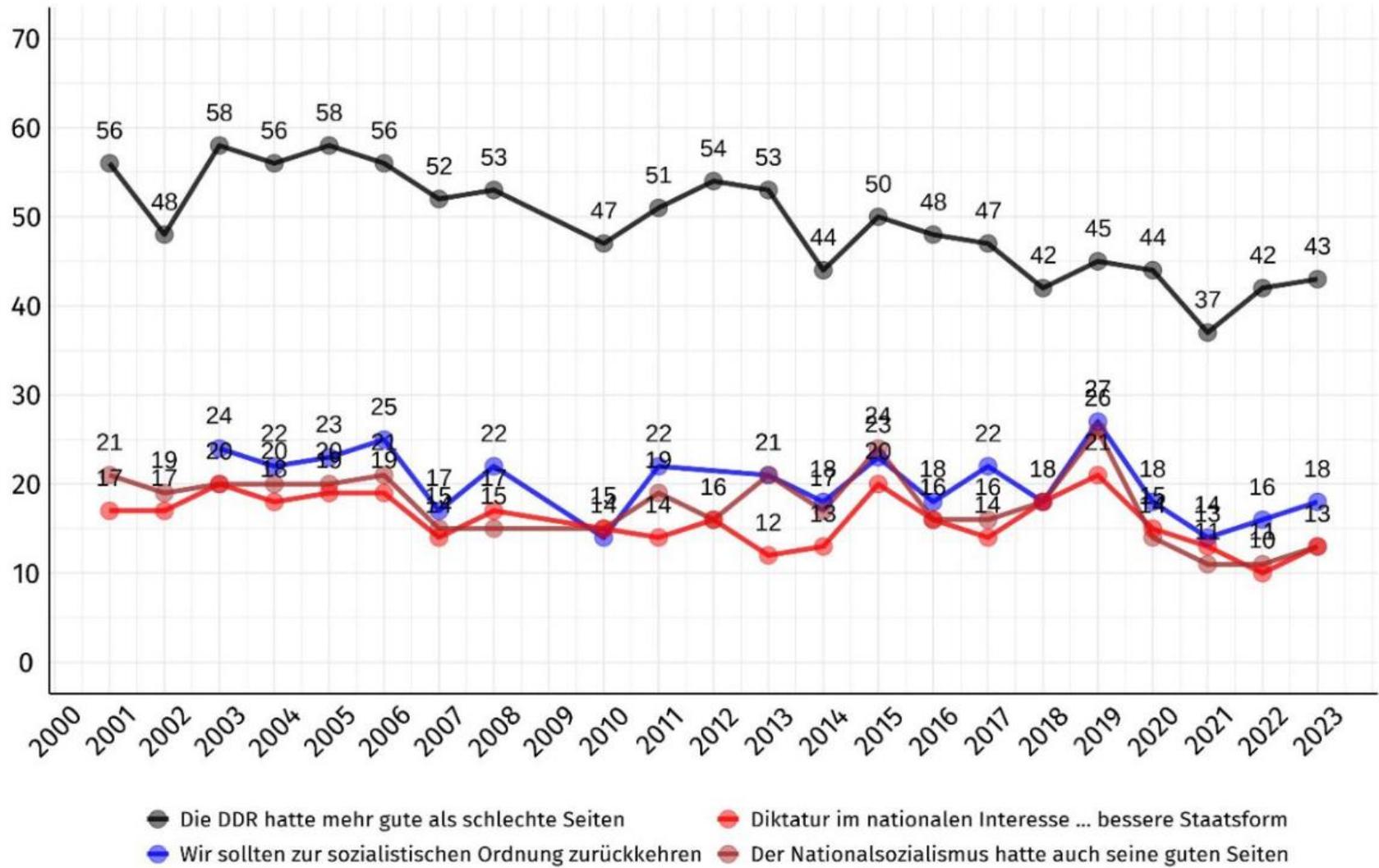
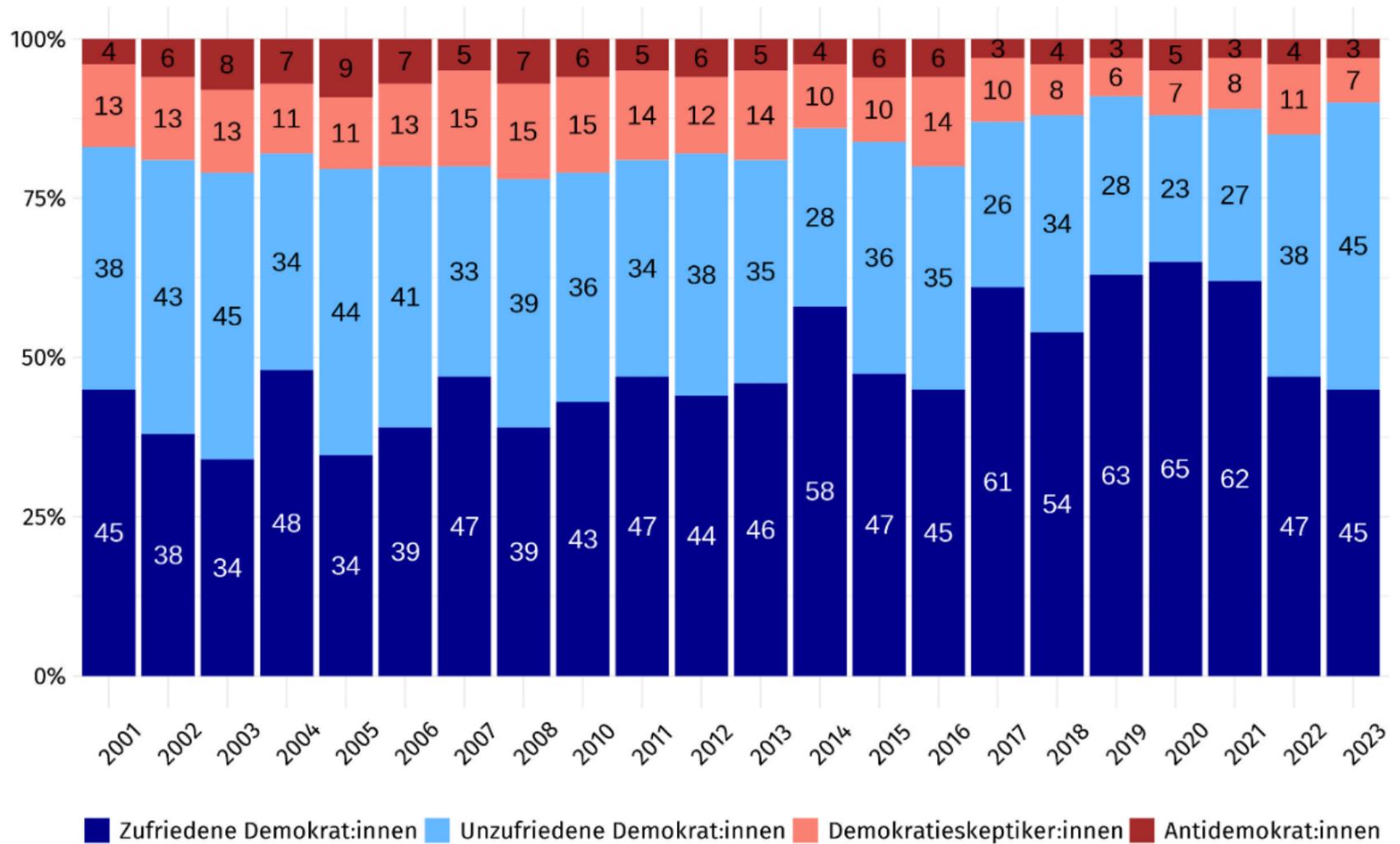


Abb. 36: Demokratietypen 2001-2023
(Angaben in Prozent)



zu verwenden (Esaiasson 2015, 434). Ob Bürger:innen tatsächlich den Eindruck haben, dass sich das politische System responsiv verhält, wird im THÜRINGEN-MONITOR seit zwei Jahren mit Hilfe der Zustimmung zur Aussage: „Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten“ gemessen.

Abb. 38: Responsivitätswahrnehmung 2022 und 2023 im Vergleich
(Angaben in Prozent)

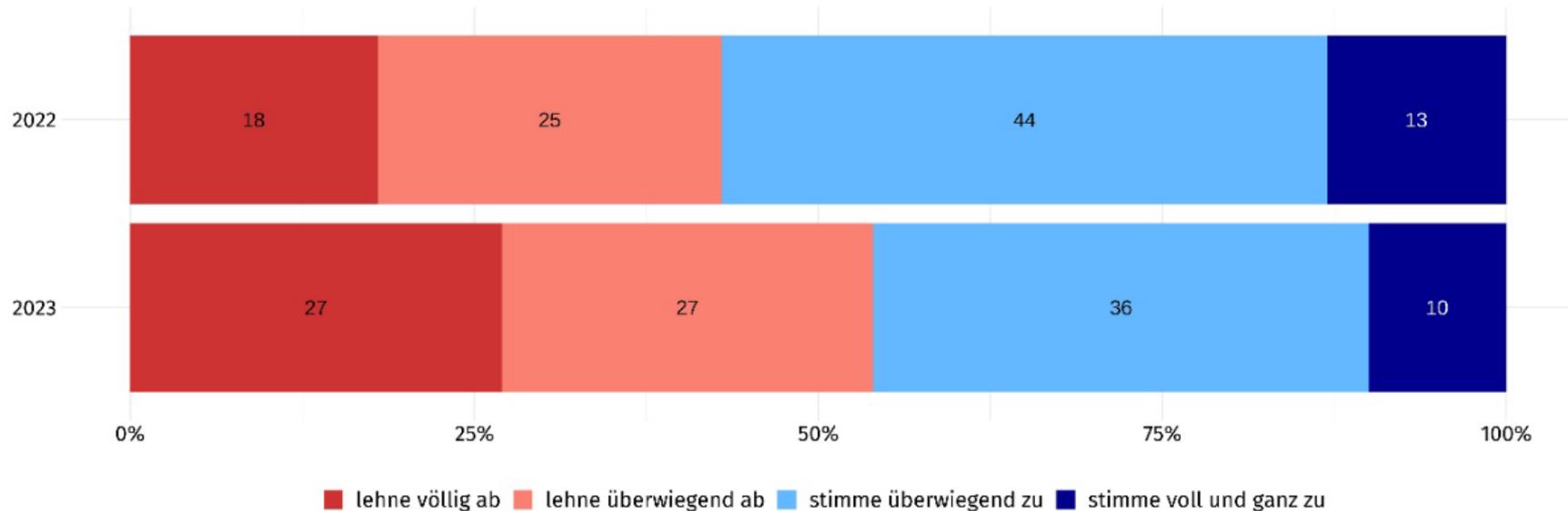
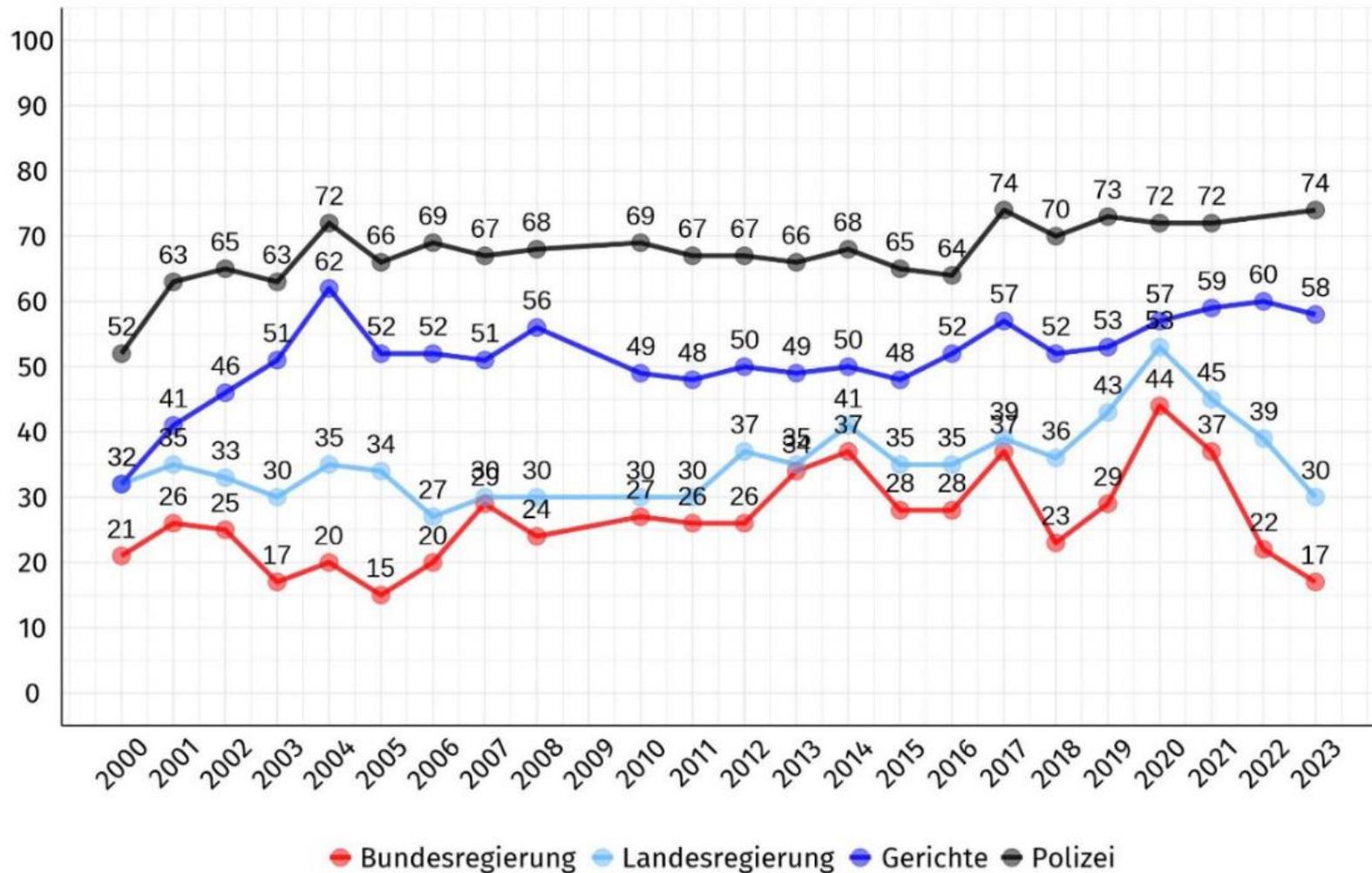
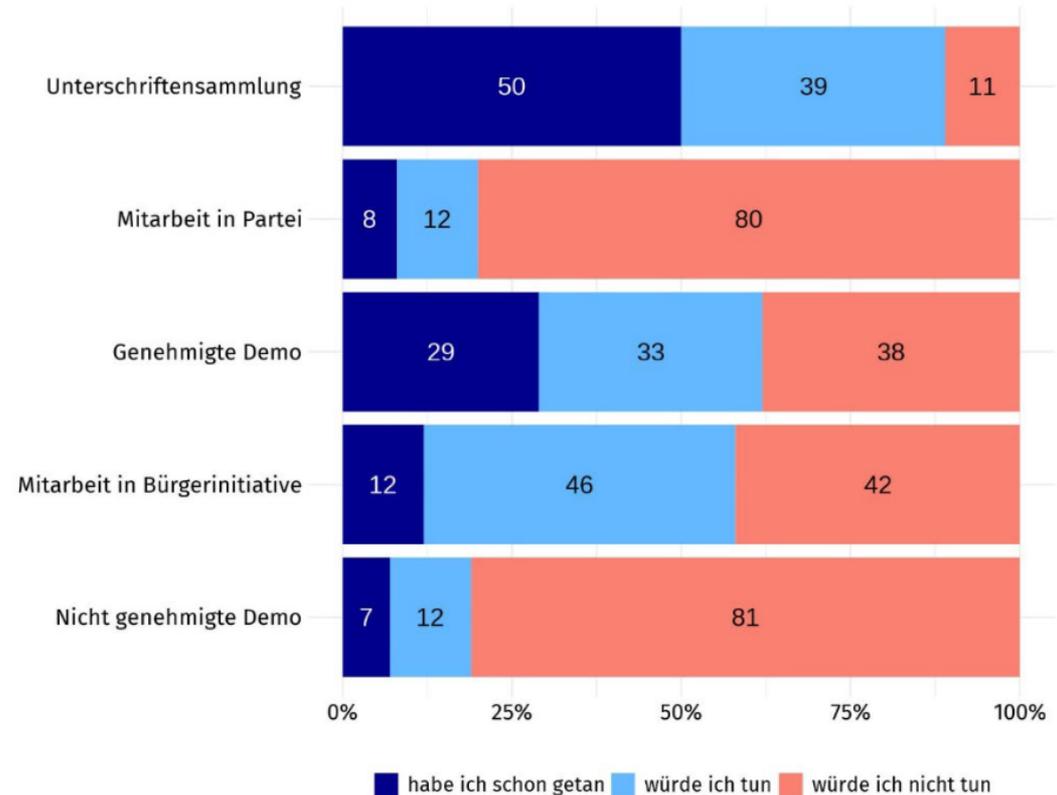


Abb. 41: Institutionenvertrauen 2000-2023

(Angaben in Prozent; „vertraue voll und ganz“ & „vertraue weitgehend“ zusammengefasst)



*Abb. 44: Politische Partizipation im Querschnitt
(Angaben in Prozent)*



²⁰ Die Begriffe „genehmigte“ bzw. „nicht genehmigte“ Demonstration sind insofern irreführend, als Demonstrationen und Kundgebungen in Deutschland nicht genehmigungspflichtig, sondern lediglich anmeldepflichtig sind – ausgenommen Spontanversammlungen (§ 14 VersammlG). In der bundesdeutschen Umfrageforschung ist die Formulierung „genehmigt“ bzw. „nicht genehmigt“ allerdings üblich, sodass diese Begrifflichkeiten zur besseren Vergleichbarkeit auch im THÜRINGEN-MONITOR verwendet werden.

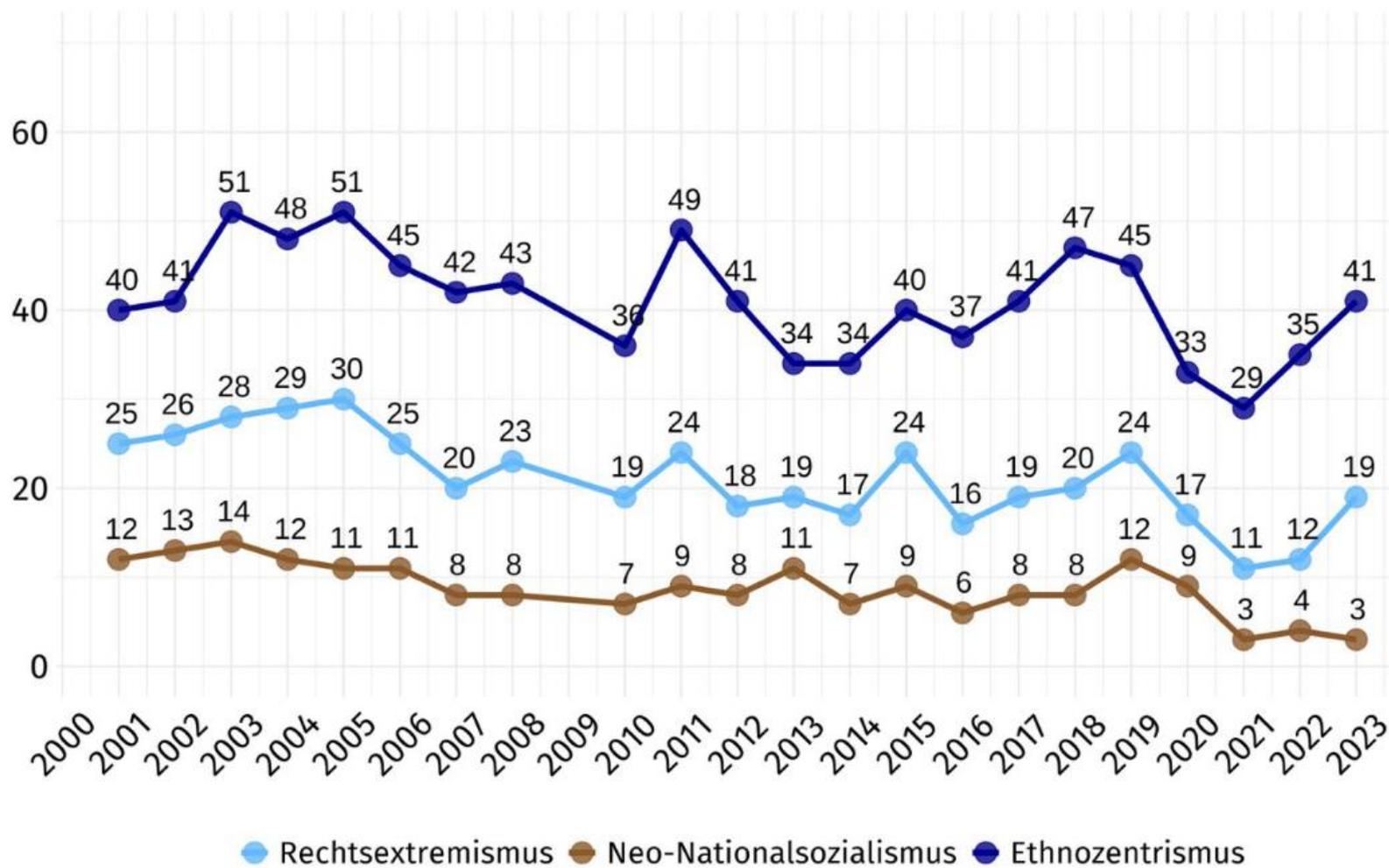
Tabelle 3: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen
(Zustimmung in Prozent)

		2023	2022	2021	2011-20	2001-10
Ethnozentrismus	Nationalismus und Chauvinismus					
	„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	61	56	48	59	59
	„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	18	20	18	31	33
	Fremdenablehnung bis -feindlichkeit					
	„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	59	47	42	51	53
	„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	50	41	37	43	50
Neo-Nationalsozialismus	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ (Rassismus)	13	10	9	20	22
	Sozialdarwinismus					
	„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	20	17	22	26	30
	„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	15	16	17	20	23
	Verharmlosung des Nationalsozialismus					
	„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	13	11	11	19	19
	Antisemitismus					
	„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	5	6	4	11	12
	Unterstützung einer rechten Diktatur					
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	13	10	13	16	17	

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist in Thüringen im Vergleich zu den Vorjahren deutlich angestiegen. So zeigt das auf der Konsensdefinition aufbauende und im THÜRINGENMONITOR bewährte Messinstrument einen Anteil von 19 Prozent an einstellungsmäßigem Rechtsextremismus. Damit ist der deutliche Rückgang während der Corona-Pandemie aus heutiger Perspektive als kurzzeitiges Phänomen zu bewerten, zumal der aktuelle Wert dem Durchschnittswert der Jahre 2007-2019 entspricht.

(2023-Thür-Monitor-liqText, p.124)

Abb. 45: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2023
(Angaben in Prozent)



Der drastischsten Aussage, dass die Eliten gegen die Interessen der Bevölkerung handeln, stimmen wie auch 2022 fast zwei Drittel der Thüringer:innen zu. Auch die Annahme, dass Politiker:innen ihre parteiübergreifend geteilten Interessen verfolgten, findet mit 85 Prozent die Zustimmung einer deutlichen Mehrheit, die zudem seit 2022 etwas größer geworden ist

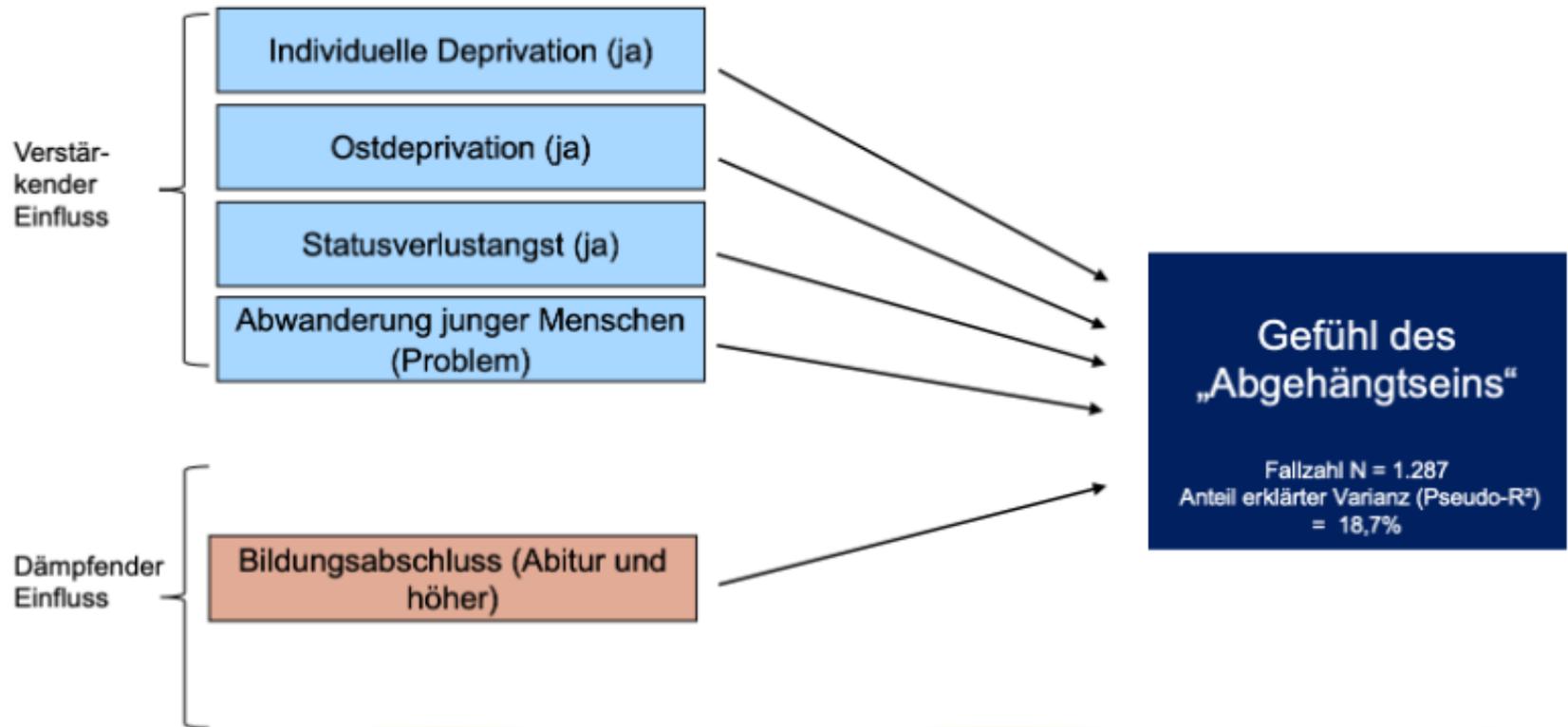
(2023-Thür-Monitor-liqText, p.94)

An Zustimmung gewonnen hat aber die manichäische Weltsicht des Populismus, nach der aufgrund des homogenen Volksinteresses und der unaufhebbaren Feindschaft zwischen den Eliten und Volk Kompromisse nur Ausdruck unmoralischen Verrats statt politischer Vernunft sind. 2023 sind die Thüringer:innen erstmals unentschieden in ihrer kollektiven Haltung zu politischen Kompromissen, die eine Hälfte lehnt sie ab, die andere befürwortet sie

(2023-Thür-Monitor-liqText, p.95)

aus dem TM 2022, Seite 50: Welche Faktoren korrelieren mit dem gefühlten „Abgehängtsein“ – und welche nicht?!

Abb. 28: *Lineares Regressionsmodell „Abgehängtsein“ von der Bundespolitik*



Nicht signifikante Variablen im multivariaten Modell: Lebensalter (Jahre), Geschlecht (weiblich), Zufriedenheit mit Infrastrukturangebot (höher), Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten und Kultur (gut), wirtschaftliche Lage der Gemeinde im Thüringer Vergleich (besser), Einstufung der eigenen Gemeinde auf dem Zentrum-Peripherie-Kontinuum (peripher), Verbundenheit mit der eigenen Gemeinde (stark)

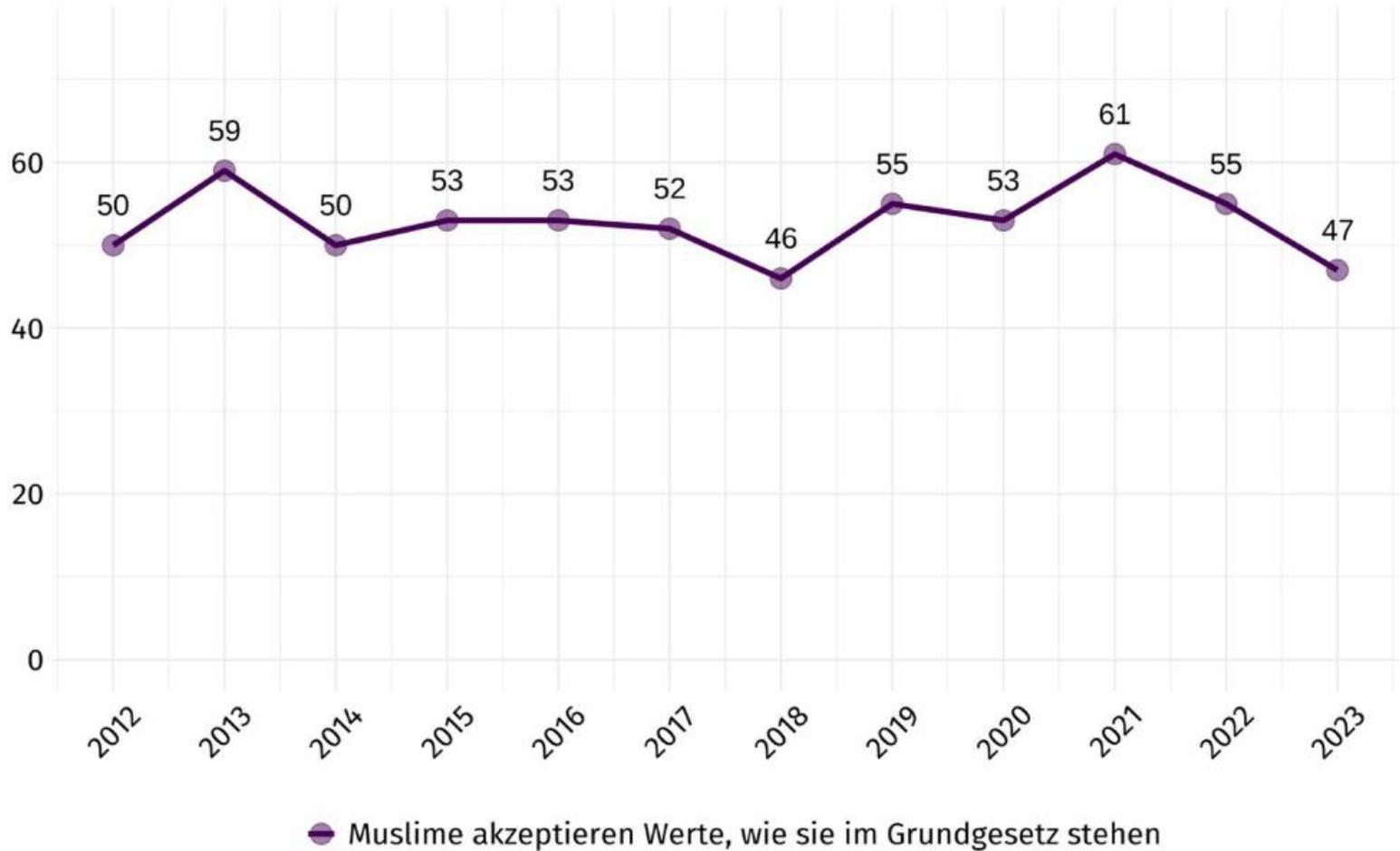
Gestiegene Zustimmung zu menschenfeindlichen Aussagen ist dabei kein rein thüringisches Phänomen. Bundesweit hat die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2022/23 einen deutlichen Anstieg ebensolcher Einstellungen gegenüber 2020/21 festgestellt. So stimmen etwa 31 Prozent der Befragten rassistischen Aussagen mehrheitlich zu, in den Corona-Jahren 2020/21 waren es noch 18 Prozent gewesen. Die Autor:innen führen den Anstieg neben dem Effekt der Pandemie, der sich mindernd auf die Werte von 2020/21 ausgewirkt hat, unter anderem auf die andauernden Krisen der letzten Jahre zurück. Durch sie werden gesellschaftliche Verteilungskämpfe intensiver und ein Großteil der Menschen versucht im Streben nach Normalität und Orientierung den eigenen Status zu bewahren – im Zweifelsfall auf Kosten von marginalisierten Gruppen

(2023-Thür-Monitor-liqText, p.110)

Insbesondere die politische Selbstverortung der Befragten ist ein starker Indikator für migrant:innenfeindliche Ressentiments. Personen, die sich etwas links (15 Prozent) oder ganz links (17 Prozent) der Mitte verorten, stimmen den migrant:innenfeindlichen Aussagen signifikant seltener zu als Personen, die sich in der politischen Mitte (43 Prozent), etwas rechts der Mitte (56 Prozent) oder ganz rechts der Mitte (60 Prozent) verorten.

(2023-Thür-Monitor-liqText, p.111)

Abb. 51: Zustimmung zur Aussage „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“ im Zeitverlauf
(Angaben in Prozent)



So hat etwa die die politische Selbsteinschätzung links der Mitte einen dämpfenden Einfluss auf antimuslimische Einstellungen. Befragte, die sich selbst als „ziemlich“ oder „sehr weit“ links einordnen, weisen zu 76 Prozent keine antimuslimischen Einstellungen auf, während bei den Personen, die sich in gleicher Weise rechts der politischen Mitte verorten, 68 Prozent antimuslimische Einstellungen äußern

(2023-Thür-Monitor-liqText, p.114)

Wie auch bei den übrigen Dimensionen von Antisemitismus lässt sich ein moderater Zusammenhang mit ethnozentrischen Einstellungen feststellen, während keine eindeutigen Einflüsse soziodemographischer Faktoren sichtbar sind. So wird erneut deutlich, dass Antisemitismus – wenngleich er bei ethnozentrischen und rechtsextremen Personen auf besonders viel Zustimmung stößt – als gesamtgesellschaftliches Problem betrachtet werden sollte

(2023-Thür-Monitor-liqText, p.119)

aus dem TM 2022, Seite 61: „Der Zufriedenheitswert von 48 Prozent liegt somit nun unter der symbolisch bedeutsamen 50-Prozent-Marke und unter dem langjährigen Mittelwert von 50,5 Prozent. das Demokratiezufriedenheitsniveau in Thüringen dem **deutschlandweiten Durchschnittswert** entspricht. ... bei identischer methodischer Messung – bundesweit 49 Prozent der Deutschen mit dem gegenwärtigen Funktionieren der Demokratie zufrieden sind (Best et al. 2023). Aus dem **Ost-West-Vergleich der Vertrauensstudie** geht zudem hervor, dass die **Demokratiezufriedenheit im Osten der Bundesrepublik (34 Prozent) deutlich niedriger als in Westdeutschland ist (52 Prozent)** (Best et al. 2023; vgl. auch Liljeberg & Krambeer 2022: 93) “

These zur Erklärung des relativ hohen Werts der Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie:

Die einen sind unzufrieden, weil eine Partei wie die AfD überhaupt gewählt wird und in Parlamente gelangt – und die anderen sind unzufrieden, weil die demokratisch gewählten Politiker*innen der AfD in den Parlamenten und ihren Gremien regelmäßig durch informelle Absprachen der Vertreter*innen aller anderen Parteien daran gehindert werden, nach Anteil ihrer Wählerstimmen an den legitimen Gremien und Verfahren teilzunehmen.

aus dem TM 2022, Seite 82: zur Debatte um die Differenz bzw. die Verbindungslinien „Populismus“ und „Rechtsextremismus“:

1. Differenz zwischen Populismus und Rechtsextremismus:

Konflikt zwischen einer homogenen Elite und einer homogenen Bevölkerung, Volkssouveränität und „common sense“, direkte Demokratie, Anti-Pluralismus, gegen die etablierten Eliten (Anti-Elitismus) und gegen die Institutionen der liberalen Demokratie, Schwarz-Weiß-Weltbild, Moralisierung von Politik, die Kompromisse erschwert. Populist:innen weisen in der Regel eine Kategorisierung als rechtsextrem zurück, weil gerade sie die Abschaffung der Demokratie durch eine Diktatur der Eliten verhindern möchten, die direkte Demokratie befürworten und die (eigene) Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele ablehnen.

2. Im Kontrast dazu wird Rechtspopulismus als der strategische Versuch verstanden, rechtsextremen Ideologieelemente in gemäßigter Form zu artikulieren. Ziel ist es, damit an in der Bevölkerung verbreitete Kritik und Skepsis gegenüber Gruppen (wie z. B. Geflüchtete) und gegenüber der Demokratie und ihren Eliten anzuknüpfen, um damit politische Unterstützung zu gewinnen. Rechtspopulismus ist danach eine Ausprägung des Rechtsextremismus, weil die dem Anti-Pluralismus zugrundeliegende Vorstellung einer homogenen Bevölkerung die Abwertung und Ausgrenzung von Minderheiten und Fremden fördere.

„Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.“ TM 2022, A 24 (167):

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	39	28	14	16	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	39	27	14	17	3
evangelisch	434	36	34	17	12	2
katholisch	121	46	21	12	20	1

„Die Bürger in Deutschland sind sich im Prinzip einig darüber, was politisch passieren muss.“ TM 2022, A 30 (173):

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	14	21	25	36	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	14	20	26	37	3
Evangelisch	434	14	26	25	31	5
Katholisch	121	16	19	19	43	3

„Was in der Politik Kompromiss genannt wird, ist in Wirklichkeit nur ein Verrat von Prinzipien.“ TM 2022, A 32 (175):

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	17	24	23	28	9
Relionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	18	25	23	26	8
Evangelisch	434	10	23	21	33	13
Katholisch	121	19	11	26	33	12

Die westliche Welt hat sich gegen Russland verschworen. TM 2022, A 105 (248):

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1885	15	21	18	32	14
Relionsgemeinschaft						
keine, andere	1318	17	23	17	30	14
evangelisch	434	9	18	22	36	14
katholisch	121	9	18	15	42	15

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert? Sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder sehr unzufrieden?

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht/ keine Angabe
Gesamt	1063	2	42	37	17	2
Geschlecht						
männlich	522	2	43	34	20	0
weiblich	541	2	41	40	14	3
Alter						
18-24 Jahre	76	6	54	27	14	0
25-34 Jahre	111	3	47	31	19	0
35-44 Jahre	163	2	51	25	21	1
45-59 Jahre	249	3	30	48	18	2
60 Jahre und älter	464	1	43	39	15	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	241	2	36	37	23	3
Mittlere Reife	515	1	40	42	16	2
Abitur	125	4	48	32	16	0
(Fach-)Hochschule	180	4	54	28	12	1

Religionsgemeinschaft

Evangelisch	189	4	42	39	12	3
Katholisch	81	2	56	26	10	6
keine, andere	789	2	41	38	19	1

Neigen Sie, ganz allgemein gesprochen, einer bestimmten Partei zu?

	Zahl der Befragten (abs.)	Andere Partei	AfD	Piraten-Partei	Bündnis 90/Grüne	FDP	Die Linke	SPD	CDU	Nein, neige keiner bestimmten Partei zu	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt	1063	1	10	0	5	1	9	7	13	48	7
Geschlecht											
männlich	522	2	13	0	4	1	9	7	13	47	5
weiblich	541	1	6	0	6	1	9	6	13	48	9
Alter											
18-24 Jahre	76	2	8	1	7	3	11	2	6	56	4
25-34 Jahre	111	3	15	0	2	0	6	7	11	55	2
35-44 Jahre	163	0	19	0	10	0	4	3	7	53	3
45-59 Jahre	249	3	9	0	7	0	10	5	12	46	6
60 Jahre und älter	464	0	5	0	2	1	10	9	17	44	11
Religionsgemeinschaft											
Evangelisch	189	3	5	0	9	1	6	7	25	41	3
Katholisch	81	2	7	0	7	0	7	4	23	46	5
keine, andere	789	1	11	0	4	1	10	7	9	50	9

Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.

	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme voll und ganz zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht/ keine Angabe
Gesamt	1063	22	30	18	26	4
Geschlecht						
männlich	522	25	32	17	24	2
weiblich	541	19	28	19	28	5
Alter						
18-24 Jahre	76	18	27	28	26	0
25-34 Jahre	111	32	30	20	18	0
35-44 Jahre	163	23	40	20	16	1
45-59 Jahre	249	22	33	18	25	2
60 Jahre und älter	464	20	25	16	32	7

Schulabschluss

Religionsgemeinschaft

Evangelisch	189	16	29	14	36	5
Katholisch	81	12	25	14	49	0
keine, andere	789	25	31	20	21	4